

gen in Zeiten neoliberaler Hegemonie vor provozierende Herausforderungen. Ohne Überdenken der Prioritäten staatlicher Interventions- und Verteilungspolitik werden sie nicht zu bestehen sein. Aber in „unserem Europa“ gibt es keine glaubwürdige und zukunftstaugliche Alternative.

Die Stärke der Europäischen Gemeinschaft liegt erwiesenermaßen in der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft ihrer Völker, in der Konzentration auf die Entwicklung ihrer zivilen Potentiale. Genau dies ist die einzige „Politik der Stärke“, die der Tragödie auf dem Balkan ein Ende machen und die nationalen Phantasien der Kosovaren wie der Serben und all ihrer Nachbarn in konstruktive, kooperationsfähige Bahnen lenken kann.

Von allen, die in unserem Namen sprechen, ist die volle Konzentration auf ein Europa zu fordern, das Menschen- und Bürgerrechte durch wirtschaftliche und soziale Sicherheit nachhaltig fundiert. Nur ein solches Europa kann auch anderen Weltregionen glaubhaft helfen.

Karl D. Bredthauer

Illegal und falsch

General William Tecumseh Sherman besaß ein klares gesetzliches Recht, die bewaffnete Rebellion niederzuschlagen, auf die seine Streitkräfte in Georgia wie in Nord- und Süd-Carolina stießen. Dieses Recht basierte auf der Amtsbefugnis der Vereinigten Staaten, die Union aufrecht zu erhalten. Daß Sherman dabei gewaltsam vorging, Eigentum der Zivilbevölkerung in Beschlag nahm und Häuser niederbrannte, tat dem keinen Abbruch. Genausowenig gab es England oder Frankreich oder irgendeinem anderen Staat das gesetzliche oder moralische

Recht, in unseren Bürgerkrieg zu intervenieren. Auf welcher Grundlage nehmen die Vereinigten Staaten sich nun das Recht heraus, die jugoslawische Armee davon abzuhalten, den bewaffneten Aufstand im Kosovo niederzuschlagen?

In Bosnien, einem unabhängigen Land, hatten wir das Recht zu bombardieren. Wir wurden von der Regierung darum gebeten. Außerdem folgten wir einem moralischen Imperativ. Unsere Intervention dort kam sogar zu spät. Kosovo aber war im Gegensatz zu Bosnien nie unabhängig. Die Tatsache, daß die Bevölkerung ethnisch zufällig zu 90 Prozent aus Albanern besteht, ist irrelevant. Eine ethnische Enklave besitzt zwar Menschenrechte, jedoch keine nationalen Rechte; sie kann uns nicht dazu auffordern, in einem Bürgerkrieg auf ihrer Seite zu agieren. Aber hatte sich der Krieg nicht zu Schlimmerem, nämlich zum Völkermord, entwickelt? In Bosnien forderte das Vorgehen serbischer Truppen allein im ersten Kriegsjahr 200 000 zivile Opfer. Das war eindeutig ein Genozid, von Milizen gegen die Muslime gerichtet, um sie aus dem Land zu vertreiben. Die Opfer aus der Zivilbevölkerung summierten sich im Kosovokonflikt im Verlauf eines Jahres, bis zum Beginn unserer Aktion, auf ungefähr 2 000 Tote – ein Prozent im Vergleich zu Bosnien. Das Vorgehen der Serben im Kosovo war roh. Um Völkermord aber handelte es nicht – bis zu dem Zeitpunkt, als die ersten Bomben fielen.

Die Entscheidung der NATO beruhte auf der Annahme, daß es ohne ihre Bomben zum Völkermord käme. Das würde unser Eingreifen rechtfertigen – wenn es denn der Wahrheit entspräche. Wo aber waren die Beweise? Haben wir Pläne oder Befehle abgefangen? Das hätten Clinton und Albright gesagt. Sie taten es nicht. Statt dessen verwiesen sie auf die Ereignisse in Bosnien, Verbrechen, die Jahre zuvor hauptsächlich von bosnischen Serben verübt worden waren. Und dennoch existiert dieses politische Gebilde der bosnischen Serben, die Republika Srpska, weiter, weil wir es im Dayton-Abkommen vor einer militäri-

schen Niederlage bewahrt haben. Als Erklärung für unsere Aktionen im Kosovo kommt diese Geschichte nicht in Frage.

Hätten wir Beweise besessen, daß tatsächlich ein Völkermord geplant wurde, so hätten wir um ein internationales Mandat für unsere militärischen Aktionen ersuchen können. Das richtige Forum hierfür ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die UN bevollmächtigte uns beispielsweise zur Führung des Golfkriegs. Aber die NATO beantragte kein solches Mandat für den Kosovo. Warum nicht? Vielleicht reichte die Beweislage nicht aus.

Vielleicht ist unser wahres Motiv eher die ziemlich unverhohlene Frustration darüber, daß Jugoslawien sich nicht einem Friedensdiktat für den Kosovo beugte. Aber warum sollte es auch? Übereinkünfte können per definitionem und nach internationalem Recht nicht erzwungen werden. Wir haben nicht nach einem für Serbien akzeptablen Abkommen gesucht und ganz gewiß keines erreicht.

Nun sind wir Zeuge des Versagens diplomatischer Großmütigkeit – Richard Holbrookes Gewißheit, Milošević mit einer Mischung aus dringlichen Bitten und Drohungen in den Griff zu bekommen, und Madeleine Albright's Versuch, in Rambouillet zu Ruhm zu gelangen. Falsches Vorgehen scheiterte, und nun steht unsere Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Gott rette uns vor solchen Diplomaten.

Doch wird die Kriegsrechnung aufgehen? Daß politische Ziele allein durch Luftangriffe erreicht worden wären, das hat es noch nicht gegeben. In diesem Falle stehen die Zeichen erst recht schlecht. Die Bomben sollten einen Völkermord verhindern, doch nach dem Abzug der OSZE-Beobachter schützte nichts mehr die Zivilisten, und die Brutalität der serbischen Polizei nahm dramatisch zu. Heute gehören den Albanern brennende Dörfer. Die Flüchtlingsfluten sind Albaner. Und die Toten sind zumeist Albaner. Unsere Luftangriffe beschleunigten den jugoslawischen Militärfeldzug, statt ihn aufzuhalten.

Als Antwort werden sich unsere Bomben nicht mehr auf unblutige Ziele wie Flugplätze und Fernsehtürme beschränken. Zur Nahkampfunterstützung schicken wir Jets und Hubschrauber, die nach Jeeps und Panzerwagen Ausschau halten. Dann werden zwei Dinge passieren. Erstens wird eine größere Anzahl unserer Flugzeuge von Gewehren, Kanonen und schultergestützten Geschossen getroffen. Zweitens werden noch mehr Zivilisten verletzt.

Slobodan šević hat folglich eine klare Strategie (während wir keine haben). Er kann seine Truppen zerstreuen, seine Flugabwehr zurückhalten, seinen grausamen Bodenzug vorantreiben, noch mehr Flüchtlinge vertreiben und darauf warten, daß bei unseren Aktionen Zivilisten getötet werden. Kurz danach wird nicht nur die internationale öffentliche Meinung, sondern auch die NATO selbst Sprünge bekommen. Mit metergenauen Präzisionsluftschlägen hat das nichts mehr zu tun.

Unser Vorgehen im Kosovo ist nicht nur falsch. Es ist nicht nur illegal. Es ist auch nicht sonderlich intelligent.

James K. Galbraith

Bündnis für Arbeit oder Die Versuchung, Politik zu delegieren

Je tiefer die Ohnmacht, desto inbrünstiger die Heilserwartung. Anders läßt sich die Überhöhung des Bündnisses für Arbeit kaum erklären. Seit Jahren zeigt sich die Politik außerstande, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Die frühere Regierungskoalition wollte es nicht, da sie auf den Markt setzte. Die rot-grüne Koalition zögert angesichts vorgeblich enger Grenzen des politischen Handelns – sieht man vom begrüßenswerten So-